

Rede

zur Einbringung des Haushaltsplanes 2017

erstattet durch

Kirchenrat Dr. Arno Schilberg

zur 5. Tagung der 36. ordentlichen Landessynode

Einleitung

- 1. Kirchensteueraufkommen**
 - 1.1 Kirchensteuer-Ist-Aufkommen 2015**
 - 1.1.1 Planansatz 2015 zum Ist-Ergebnis 2015**
 - 1.1.2 Ist-Ergebnis 2015 zu den Ergebnissen 2014 und 2016 (10/2016)**
 - 1.2 Aktuelles Aufkommen 2016**
 - 1.2.1 Kirchensteueraufkommen**
 - 1.2.2 Clearingendabrechnung 2012**
 - 1.3 Geschätztes Kirchensteueraufkommen 2017**
 - 1.3.1 Plus- und Minus-Salden 2015/2016/2017**
- 2. Haushalt 2017**
 - 2.1 Personalausgaben**
 - 2.1.1 Landeskirchlicher Haushalt**
 - 2.1.2 Gemeindepfarrstellen-Haushalt**
 - 2.2 Einzelfeststellungen**
 - 2.2.1 Ökumenische Bahnhofsmision Lippe**
 - 2.2.2 Reformationsfest 2017**
 - 2.2.3 Hilfe für Betroffene in der/den Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen**
- 3. Gemeindepfarrstellen-Haushalt**
- 4. Versorgungssicherungs-Rücklage**
- 5. Versorgungsfinanzierung/Deckungsgrade**
- 6. Kapitalvermögen und Rücklagenentwicklung**
- 7. Anlagerichtlinien**
- 8. Inselhospiz Juist**
- 9. Umsatzsteuer – neue Rechtslage**
- 10. Rechnungsführung für Kirchengemeinden**
- 11. Abschluss**

Sehr geehrter Herr Präses, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

im Zusammenhang mit den Zahlen-Auswertungen zum Thema: Kirche in Lippe – auf dem Weg bis 2030 fiel mir auf, dass in vielen Zusammenhängen immer wieder das kleine, unscheinbare Wort „noch“ seinen Platz findet. Das kann gelesen werden im Sinne von „immer noch“ oder von „nur noch“. Das Glas ist halb voll oder halb leer. Es kommt auf den Maßstab an. Gleichzeitig ist die Perspektive oder die Flughöhe wichtig. Die Zahlen und das Geld sind natürlich wichtig, dürfen aber den Blick nicht dafür verstellen, dass das Geld dazu dient, kirchliches Leben in den Gottesdiensten, in den Gemeinden und auf der Ebene der Landeskirche in Verkündigung, Seelsorge, Unterricht/Bildung, Mission und Ökumene, Diakonie zu ermöglichen. Wir sind dankbar für die noch (!) gute Situation und wenden uns dann doch wieder den Zahlen zu.

1. Kirchensteueraufkommen

1.1 Kirchensteuer-Ist-Aufkommen 2015

Das Jahr 2015 war ein gutes Jahr. Mit dem Kirchensteuer-Ist-Aufkommen 2015 konnten wir noch einmal höhere Einnahmen erzielen als in den Jahren zuvor. Das gesamte Kirchensteuer-Brutto-Aufkommen betrug 39.498.095,53 EUR im Jahr 2015. Die Kirchenlohnsteuer und die Clearingabschlagzahlungen machten einen Anteil von 65% aus, auf die Kircheneinkommensteuer entfielen 31,5% und auf die pauschalierte Lohnsteuer und die KiSt auf Abgeltungssteuer noch einmal 3,5%.

Hinter diesen Zahlen stehen viele Gemeindeglieder. Die Kirchensteuer ist eine Mitgliedssteuer und keine Kultursteuern, die alle zahlen. Die Steuer ist gerecht, weil sie sich nach dem Einkommen bemisst: Gut verdienende Mitglieder zahlen mehr und andere weniger. Die neue Luther-Bibel spricht in dem Zusammenhang von dem Scherflein der armen Witwe, die Zürcher Bibel von der Gabe. Alle haben von ihrem Überfluss in den Gotteskasten eingelegt, „diese aber hat von ihrer Armut ihre ganze Habe eingelegt“ (Mk. 12, 44). Wir sind dankbar für die Gaben von allen Menschen, die ihren Beitrag in Form der Kirchensteuer leisten. In den Dank sind eingeschlossen auch die, die keine Kirchensteuer zahlen, sondern ehrenamtlich in den Gemeinden arbeiten. Deren Arbeit lässt sich nicht in Geld umrechnen.

Einkommensart	Betrag in EUR
Kirchenlohnsteuer	17.221.038,69
Kircheneinkommensteuer	12.441.044,42
Clearingabschlags-Zahlungen	8.507.909,06
Pauschalierte Lohnsteuer	69.234,76
KiSt auf Abgeltungssteuer	1.258.868,60
Gesamtaufkommen	39.498.095,53

1.1.1 Planansatz 2015 zum Ist-Ergebnis 2015

Das Ist-Aufkommen 2015 war deutlich besser als das geplante Aufkommen. Wie hatten Mehreinnahmen von 6.945.595,53 EUR (21,24%) gegenüber dem Plan. Wir waren bei den Planungen sehr, sehr vorsichtig.

Nach Abzug der Verwaltungskosten für den staatlichen Steuereinzug (3 % des Aufkommens), den Abzügen für Kirchensteuerausgleichsverpflichtungen gegenüber anderen Landeskirchen, Kirchensteuerrückerstattungen sowie der Clearingendabrechnung 2010 und 2011 (1.627.818,47 EUR), errechnete sich eine Netto-Summe in Höhe von 37.870.277,06 EUR.

Dieser Betrag wurde den Kirchengemeinden ausgezahlt, dem landeskirchlichen Haushalt und dem Gemeindefarrstellen-Haushalt zugeführt.

Ausgehend von der „Verteilsumme“ entfielen auf die/den	
Landeskirche	11.461.753,07 EUR
Gemeindefarrstellen-Haushalt	10.745.393,50 EUR
Kirchengemeinden	13.610.831,69 EUR.

Von Mehreinnahmen im Vergleich zum Planansatz entfielen auf den landeskirchlichen Haushalt rund 1,4 Mio. EUR.

1.1.2 Ist-Ergebnis 2015 zu den Ist-Ergebnissen 2014 und 2016 (10/2016)

Immer noch sehr positiv sieht der Vergleich zum Ist-Aufkommen des Vorjahres, also zu 2014, aus. Wir hatten Mehreinnahmen von 3.094.858,34 EUR, dies entspricht 8,37%.

Demgegenüber ist das aktuelle Aufkommen der Monate Januar – Oktober 2016 schlechter:

Kirchensteuer- Brutto- Aufkommen	Ist-Aufkommen 2014 in EUR	Ist-Aufkommen 2015 in EUR	In v.H. 2014 zu 2015	Aktuelles Ergebnis 2016 zu 2015
Kirchenlohnst.	16.741.138,65	17.221.038,69	+ 2,87	+ 1,57
Kircheneink.-st.	10.784.775,82	12.441.044,42	+ 15,36	./ 13,56
Clearingabschl.	8.192.807,59	8.507.909,06	+ 3,85	+ 1,72
Pausch. Lst.	68.390,14	69.234,76	+ 1,24	-
KiSt /Abg.-st..	661.124,99	1.258.868,60	+ 190,41	./ 22,78
Gesamtauf- kommen	36.448.237,19	39.498.095,53	+ 8,37	./ 3,94

--	--	--

Mehreinnahmen 2015 zu 2014	+ 3.049.858,34 EUR	+ 8,37 %
---------------------------------------	---------------------------	-----------------

Mindereinnahmen 2016 zu 2015 (Jan.-Okt.)	./ 1.178.861,33 EUR	./ 3,94 %
---	----------------------------	------------------

Nach unseren Erfahrungswerten sind bis zum Abschluss 2016, keine gravierenden Änderungen mehr zu erwarten.

1.2 Aktuelles Aufkommen

1.2.1 Kirchensteueraufkommen

Die Mitteilung über das Kirchensteueraufkommen im März d.J. war überraschend. Von einem Plus-Aufkommen im Februar von 4,34% errechnete sich bei der monatlichen Gegenüberstellung ein Minus von 6,37%, das sind 595.781,- EUR-. Festzumachen waren diese Minuseinnahmen bei der Kircheneinkommensteuer beim Finanzamt Detmold.

Beim Vergleich der Aufkommen der Vorjahre, also 2014 und 2013, bleibt festzustellen, dass diese Aufkommen wiederum dem Aufkommen 2016 entsprachen. 2015 war ein „Ausreißer“ nach oben.

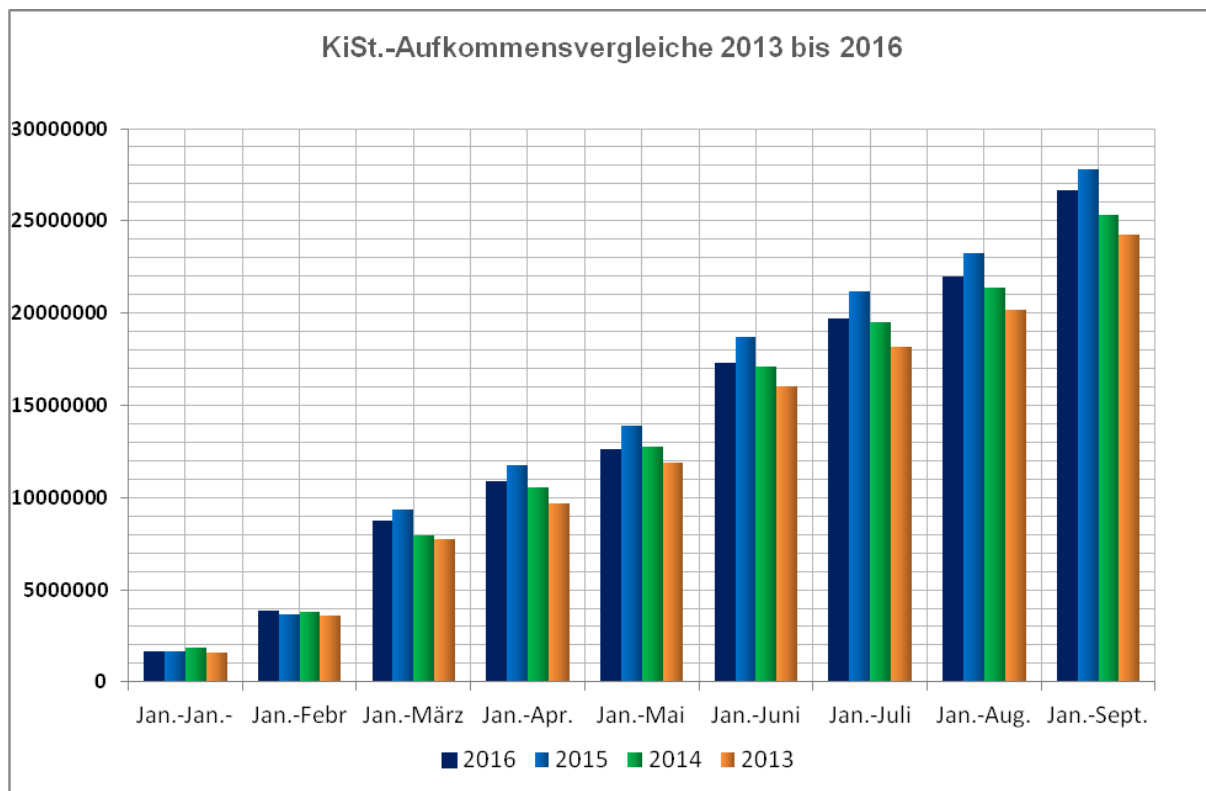
Aber auch in den darauffolgenden Monaten bauten sich die Minus-Einnahmen weiter auf, im Mai lag es bei Minus 9,12%, in Zahlen hatte sich diese Summe inzwischen auf 1.442.110,- EUR erhöht. Im Oktober liegt das Aufkommen nur noch bei minus 1.178.861,33 EUR, dieses entspricht minus 3,94 %.

Neben den Mindereinnahmen bei der Kircheneinkommensteuer blieb auch die Abgeltungssteuer weiter hinter dem Aufkommen des Vorjahres. Ursache ist sicherlich das sehr niedrige Zinsniveau. Wir haben in den ersten 9/10 Monaten 172.588,- EUR weniger eingenommen.

Die Kirchenlohnsteuer ist von ihrer Höhe her stabil.

Erfahrungsgemäß wird auch das Jahresergebnis bei diesem Niveau bleiben. Den Kirchengemeinden haben wir in unserem Haushaltsrundsreiben diese Entwicklung mitgeteilt.

Das schlechtere Ergebnis wird relativiert, wenn man das Aufkommen mit denen der Jahre 2014 und 2013 vergleicht. Im direkten Vergleich mit 2014 liegen wir aktuell um 5,1% über dem Ergebnis und im Vergleich zu 2013 sogar um 9,96%.



Wir werden die Entwicklung weiter aufmerksam verfolgen und uns darauf einstellen. Ich wage zu sagen, dass wir das geschätzte Aufkommen für 2016 in Höhe von 32,5 Mio. EUR erreichen werden, wahrscheinlich werden wir es auch noch überschreiten. Die Betonung liegt auf noch und wir haben tatsächlich weniger als im letzten Jahr. Das ist zu beachten, wenn wir über neue dauerhafte Ausgaben diskutieren.

1.2.2 Clearingendabrechnung 2012

In diesem Jahr haben wir die Abrechnung der EKD für 2012 erhalten. Ohne die Verwaltungskosten müssen von den Abschlagzahlungen 646.934,68 EUR zurückgezahlt werden.

Hiervon entfallen auf

- die Landeskirche 207.019,10 EUR (32%)
- die Kirchengemeinden 245.835,18 EUR (38%)
- den Gemeindepfarrstellen-HH 194.080,40 EUR (30%).

Die Anteile, die auf die einzelnen Kirchengemeinden entfallen, haben wir entsprechend der Schlüsselzahlen für 2012 ermittelt und den Kirchengemeinden mitgeteilt. Der Rückforderungsbetrag ist natürlich nicht vergleichbar mit denen der Jahre bis 2010, aber rund eine halbe Million EUR sind für uns auch nicht wenig.

1.3 Geschätztes Aufkommen 2017

2017 – das Jahr des Reformationsjubiläums. Es gibt viele Veranstaltungen, die finanziert werden müssen. Es reicht noch, aber die Einnahmen sinken. Nach den Prognosen der EKD steigt das Aufkommen in Deutschland insgesamt weiterhin leicht an, aber momentan nicht bei uns. Das Aufkommen der einzelnen Landeskirchen der EKD ist unterschiedlich zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd.

In den Jahren 2017 und 2018 wird der steuerliche Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag steigen. Die „kalte Progression“ soll ausgeglichen werden. Eine entsprechende Formulierungshilfe für den Bundestag hat das Bundeskabinett am 12. Oktober 2016 beschlossen. Die volle Entlastungshilfe beträgt jährlich rund 6,3 Mrd. EUR – insbesondere werden hiervon die Familien profitieren. Die erwarteten Auswirkungen bei den Kirchensteuereinnahmen werden allerdings als gering bewertet. Warten wir es ab.

Zurück zu den konkreten Schätzungen: Wir gehen von 32,5 Mio. EUR aus. Ist das eine zu niedrige Schätzung bei einem tatsächlichen Netto-Aufkommen von rund 36 Mio. EUR 2016? Vielleicht – der Finanzausschuss bleibt sich treu und ist (vor allem) an dieser Stelle vorsichtig. Es ist schwierig, Kürzungen vorzunehmen, wenn man von einem Mehr ausgeht als dem, was man tatsächlich einnimmt. Ich denke hierbei z.B. an Personalkosten und den davon finanzierten Stellen und Menschen.

1.3.1 Plus- und Minus-Salden 2015/2016/2017

Fast regelmäßig wird bei Aufstellung des Haushaltes für das jeweils nächste Jahr davon ausgegangen, dass bei den geplanten Einnahmen und Ausgaben ein planerischer Minus-Saldo entsteht. 2015 wurden rund 150.000 EUR als Minus ausgewiesen. Dieser Betrag wurde als Zuführung zum Ausgleich des Haushaltes aus den Rücklagen in den HH-Plan eingestellt (HHSt. 01/00/9760.00.3110). Dadurch, dass das Kirchensteueraufkommen deutlich über den Erwartungen lag, hatten wir am Jahresende 2015 einen Plus-Saldo von rund 1,8 Mio. EUR.

2016 beträgt das planerische Defizit 830.752,- EUR. Mit diesem Betrag liegt es um 680.872,- EUR über dem von 2015. Die Kirchensteuermindereinnahmen 2016 von zurzeit rund 4% werden aber voraussichtlich nicht dazu führen, dass wir eine Defizit-entnahme in der prognostizierten Höhe tatsächlich realisieren müssen.

Die planerische Defizit-entnahme hat sich im Haushaltsplanentwurf 2017 weiter aufgebaut. Es errechnet sich eine Summe von 990.163,- EUR, fast eine Million. Wir müssen aufpassen.

Ein kleines Rechenexempel: Um das planerische Minus von rund 1 Mio. EUR im landeskirchlichen Teil des Haushaltes nur durch Kirchensteuereinnahmen ausgleichen zu können, müsste das tatsächliche Gesamtaufkommen um 3,12 Mio. EUR über den Erwartungen - den Planungen - liegen. Wir schaffen es wohl, 35,62 Mio. EUR zu erreichen, wenn wir 2016 wohl 38 Mio. EUR erreichen. Wir bleiben aber bei der niedri-

gen Prognose, weil das planerische Defizit ein ständiger Stachel bleibt. Wir müssen aber zugleich zugeben, dass die Einsparung von einer Million EUR nur durch deutlich strukturelle Veränderungen zu erreichen ist.

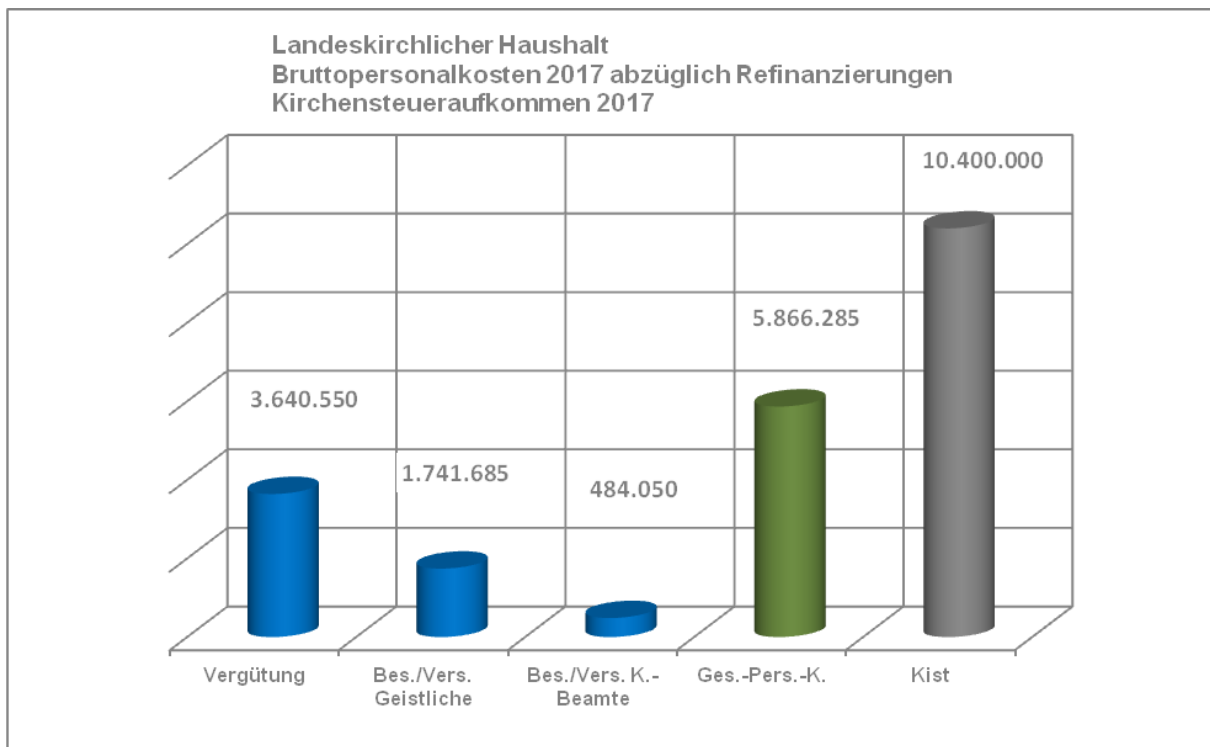
2. Haushalt 2017

2.1 Personalausgaben

2.1.1 Landeskirchlicher Haushalt

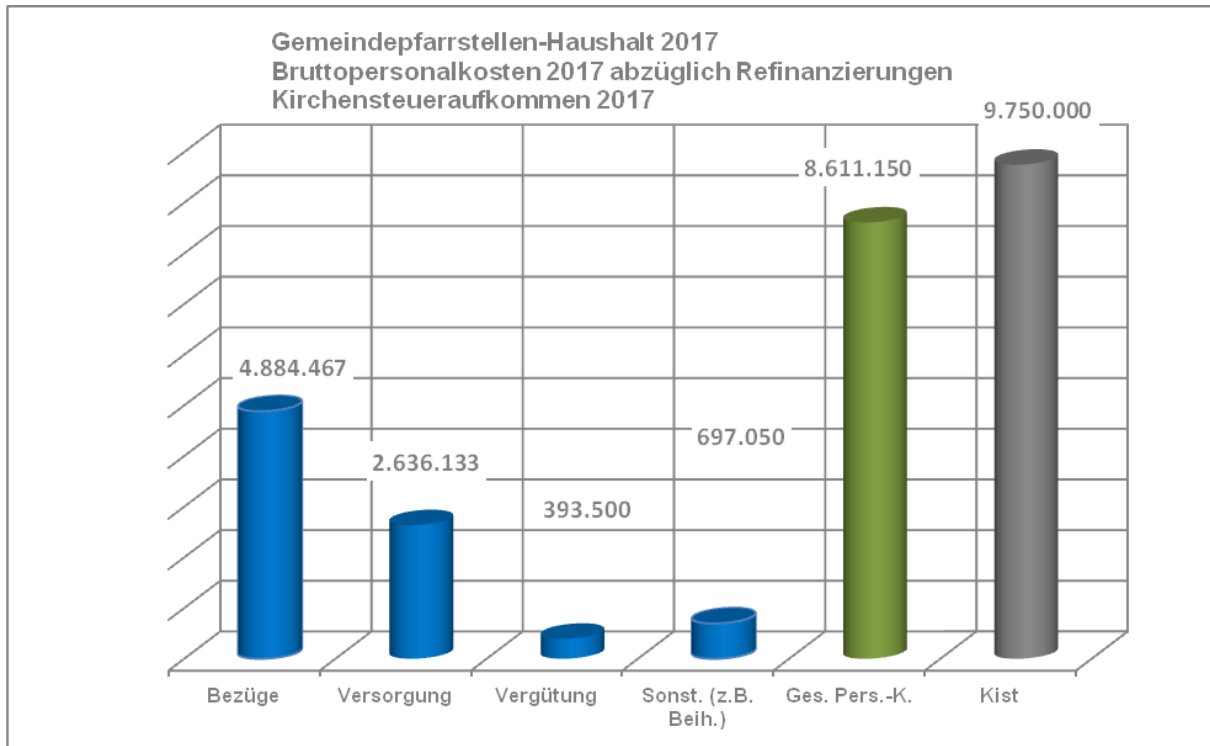
Es wäre interessant zu schauen, wie sich die Personalkosten im landeskirchlichen Haushalt entwickelt haben. Eine direkte Gegenüberstellung über mehrere Jahre ist auf Grund der zahlreichen Umstrukturierungsmaßnahmen nicht möglich. Zeitweise gehörte das Beratungszentrum mit den Personalkosten zum Diakonischen Werk. Das Diakonische Werk wurde zu einem Diakonischen Werk Rheinland/Westfalen/Lippe und einem Diakoniereferat im Landeskirchenamt entwickelt. Das sind nur zwei Beispiele, die einen Vergleich schwierig machen.

Die Grafik zeigt die Personalkosten im landeskirchlichen Haushalt einschließlich der wirtschaftlichen Einrichtung Haus Sonnenwinkel und dem Ev. Zentrum für Beratung und Seelsorge. Ausgewiesen werden hier die Planansätze für 2017. Diese Zusammenstellung umfasst sowohl alle Angestellten, vier Kirchenbeamte und Funktionspfarrer einschl. Religionslehrer. Von den Ausgaben wurden die Refinanzierungen abgezogen. Von den geplanten Kirchensteuereinnahmen von 10,4 Mio. EUR entfallen rund 56% auf die Personalkosten.



2.1.2 Gemeindepfarrstellen-Haushalt

In der nächsten Grafik werden die Personalkosten im Gemeindepfarrstellen-Haushalt dargestellt. Diese Ausgaben machen rund 88 % der Kirchensteuereinnahmen aus.



2.2 Einzelfeststellungen

2.2.1 Ökumenische Bahnstiftung Lippe

Die Bahnstiftung ist in Lippe angekommen. Wir stellen dafür 8.000,- EUR in den HH-Plan ein. Das Konzept wird vom Diakoniereferat der Landeskirche, dem Caritasverband für den Kreis Lippe und der Stadt Bad Pyrmont getragen. Die ökumenische Bahnstiftung wird ihren Standort am Bahnhof in Lage haben. Von dort aus kann die Arbeit auch an anderen Bahnhöfen im Kreis Lippe koordiniert werden. Die Bahnstiftung gibt Menschen, die an Bahnhöfen reisen oder sich aufhalten, Hilfeleistungen. Das betrifft z. B. nicht nur ältere Menschen, sondern auch eine immer steigende Anzahl von Kindern, die vorwiegend an den Wochenenden zwischen Elternteilen pendeln.

Es ist beabsichtigt, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter für die Arbeit und für die Koordination der ehrenamtlichen Mitarbeitenden geringfügig (bei der Herberge zur Heimat) beschäftigt wird. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag ist für die Personalkosten und den damit verbundenen Sachkosten vorgesehen. Das Projekt wird auch in finanzieller Sicht von den Partnern, dem Caritasverband (Kreis Lippe) und der Stadt Bad Pyrmont getragen. Darüber hinaus werden Refinanzierungen

ausgelotet. Die Eröffnung der Ökumenischen Bahnhofsmision fand am 11. November d. J. statt.

2.2.2 Reformationsjubiläum 2017

Der Reformationstag 2017 wird als Ereignis von Weltrang bezeichnet. Es ist ein Jubiläum, das nicht nur von Protestanten, sondern für die Gesellschaft als Ganzes, als ein historischer Tag gewertet wird. Er stößt in kulturellen und staatlichen Bereichen auf ein sehr großes Interesse. War der Reformationstag am 31. Oktober bisher nur in fünf Bundesländern generell ein gesetzlicher Feiertag, so kann er im kommenden Jahr als bundesweiter Feiertag begangen werden.

Als mit den Planungen 2014 begonnen wurde, gingen wir davon aus, dass ein Finanzvolumen von 150 T EUR ausreichte. Dieses Volumen war auch bei Konkretisierung der Planungen immer im Blick. In den Jahren 2015 und 2016 wurden jeweils 50 T EUR in die Haushalte eingestellt. Zwischenzeitlich hat sich allerdings abgezeichnet, dass die Höchstgrenze nun doch nicht den Bedarf decken wird. Unter Berücksichtigung von Kollekten und Spenden benötigen wir im kommenden statt der geplanten 50 T EUR nun 75 T EUR (Gesamtvolumen 175 T EUR).

Diese Mehrausgaben hängen insbesondere mit folgenden Sachverhalten zusammen: Bei dem gemeinsamen Auftritt aller drei Landeskirchen in NRW zur Weltausstellung Reformation „Tore der Welt“ in Wittenberg hat jede der drei Landeskirchen für sich eine gleich große Ausstellungsfläche zur Verfügung. Jede Landeskirche hat somit die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen. Der Finanzbedarf beläuft sich auf 10.000,- EUR.

Bei den zwei Ausstellungen

- „Reformation im Weserraum“
und
- „Hexenbürgermeisterhaus“

tritt die Landeskirche als Mitveranstalter auf.

Unter dem Gesichtspunkt, mit der Ausstellung in Lemgo auch Jugendliche anzusprechen, wurde hierfür ein vierstelliger Betrag für eine App in Kirchengeschichte veranschlagt.

Darüber hinaus sollen Projekte in den Kirchengemeinden gefördert werden. Allen Kirchengemeinden wurde eine Bezuschussung bis zu 50% für eigene Projekte zugesagt. Die Antragsfrist endete am 30.06.2016. Durch die Höchstgrenze der Bezuschussung unter Einhaltung der Antragsfrist bestand Chancengleichheit für alle Kirchengemeinden. Die Resonanz der Gemeinden war größer als erwartet, so dass die Mittel für 2017 von 50 T EUR auf 75 T EUR aufgestockt wurden.

2.2.3 Hilfe für Betroffene in der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen

Menschen, die als Kinder und Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1975 in der West-Deutschland bzw. von 1949 bis 1990 in der ehemaligen DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, sind nicht in den bestehenden Fonds „Heimerziehung West“ und „Heimerziehung DDR“ einbezogen. Dabei haben Kirchen, Caritas und Diakonie bereits seit Beginn der Beratungen und der Einsetzung der beiden Fonds gefordert, betroffene Kinder und Jugendliche aus der Behindertenhilfe und der Psychiatrie in dieses Hilfssystem einzubeziehen. Unterblieben ist das u.a. auf Grund der unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten der Bundesministerien. Vor diesem Hintergrund haben das Bundeskanzleramt und die Staats- und Senatskanzleien der Länder die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister gebeten, zusammen mit den zuständigen Fachministerien des Bundes und der Länder sowie den Kirchen einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Inzwischen wurde für den betroffenen Personenkreis ein tragbares Hilfssystem entwickelt. Die Auswertungen von Daten haben ergeben, dass von den evangelischen Kirchen (einschl. der Diakonie) ein Betrag von 29 Mio. EUR an die Stiftung „Anerkennung und Hilfen“ zu zahlen ist. Von dieser Summe trägt die EKD 1,5 Mio. EUR. Der verbleibende Betrag, ist von den Gliedkirchen und ihrer Diakonie aufzubringen.

Dieser Betrag ist über einen Zeitraum von fünf Jahren in unterschiedlichen Höhen fällig. Die individuelle Belastung erfolgt auf der Grundlage des Umlageverteilungsschlüssels 2016, der für die Lippische Landeskirche 0,531% beträgt. Die Lipp. Landeskirche muss insgesamt 141.690,10 EUR zahlen.

Wie bereits zuvor erwähnt, ist dieser Betrag in unterschiedlichen Tranchen zu zahlen:

2017	25%
2018	15%
2019	25%
2020	15%
2021	20%.

3. Gemeindepfarrstellen-Haushalt

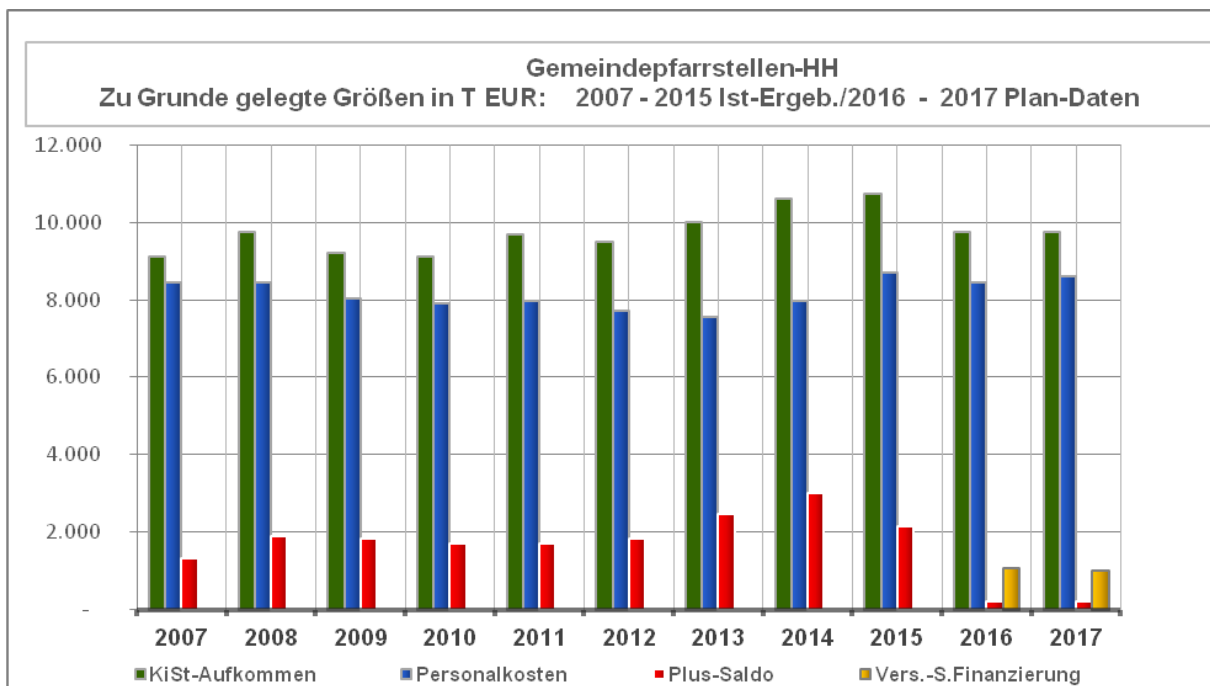
In den Gemeindepfarrstellenhaushalt fließen 30 % des Kirchensteueraufkommens. Da wir 2017 von 32,5 Mio. EUR ausgehen, fließen von Kirchensteuern wie 9,75 Mio. EUR in diesen Haushalt.

Diese 9,75 Mio. EUR machen 95 % der Gesamteinnahmen in diesem Haushalt aus. 88 % der Kirchensteuereinnahmen fließen in die Personalkosten ein, also für Bezüge, Versorgungsbeiträge an die VKPB, Beihilfen und Sonstiges wie Trennungsgeld oder Ausgaben für pfarramtliche Vertretungen.

Durch die Beteiligung der Versorgungs-Sicherungsfinanzierung schrumpft der Plus-Saldo nicht nur rein planerisch, er vermindert sich tatsächlich um den Betrag, der auf den Gemeindepfarrstellen-Haushalt entfällt. Im kommenden Jahr sind das 996.065,- EUR. Der Betrag, den wir der Rücklage für die Versorgungssicherung zuführen können, sinkt auf rund 210 T EUR.

Wir werden ein Problem haben, wenn die Ausgaben den Betrag von 210.608,- EUR übersteigen, ohne dass die Einnahmen entsprechend steigen. Dann schließt der Haushalt mit einem Minus ab. Nach unserem Finanzausgleichsgesetz tragen dann die Landeskirche und die Kirchengemeinden zu je 50% dieses Minus.

Die nachstehende Grafik macht das deutlich. Eine Lösungsmöglichkeit habe ich bereits aufgezeigt – eine Übergangslösung.



4. Versorgungssicherungsrücklage

Wie seit einigen Jahren möchte ich Sie über unseren Rücklagenbestand für die Versorgungssicherung informieren. Die drei Landeskirchen bringen für die Versorgungssicherung jeweils 22 % der Kirchensteuereinnahmen des vorvergangenen Jahres auf. Dafür hat die Landeskirche eine Rücklage gebildet. Bedingt durch die hohen Kirchensteuereinnahmen der letzten Jahre lagen die Entnahmen bis 2013 unter den Zuführungen. Im Jahr 2014 wurden 45 T EUR mehr entnommen als zugeführt und im Jahr 2015 waren es rund 800 T EUR.

Ab 2016 greift die Neuausrichtung der Versorgungssicherungsfinanzierung, sie wirkt sich direkt auf den Rücklagenbestand der Versorgungssicherungs-Rücklage aus.

Der Saldo aus dem Gemeindepfarrstellenhaushalt vermindert sich um die Beteiligung i.H.v. 30% an der Versorgungssicherung und darüber hinaus in den Jahren 2016 bis 2018 um den Differenzbetrag, der dadurch entsteht, dass die Kirchengemeinden in

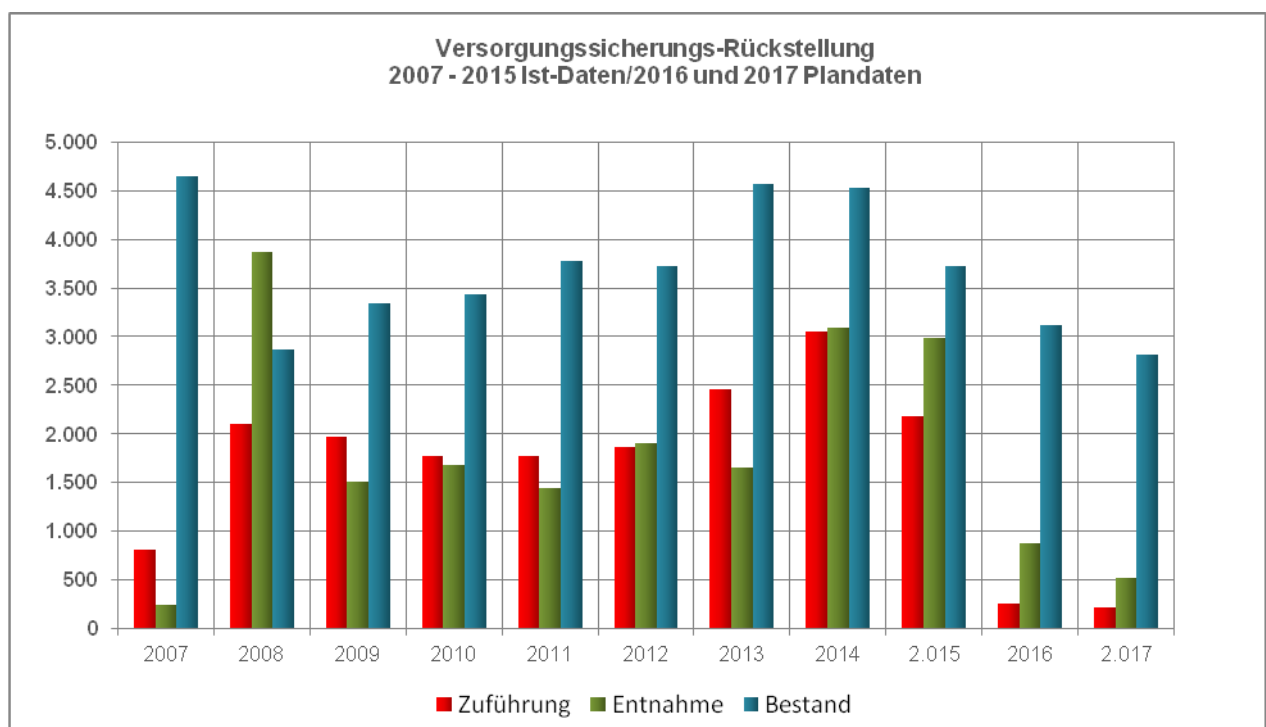
diesen Jahren nur mit einem gestaffelten Festbetrag an den aufzubringenden Leistungen beteiligt werden und der darüber hinausgehende Betrag aus der Rücklage erfolgt.

Fügen wir die Planzahlen für die Jahre 2016 und 2017 dem Ist-Bestand 2015 hinzu, errechnet sich ein Rücklagenbestand von ca. 2,8 Mio. EUR.

Ohne unsere Neuausrichtung entspricht diese Summe in etwa dem Betrag, den wir 2016 hätten entnehmen müssen. Ab 2017 hätten wir ein Problem gehabt.

Da die Entnahmen zum Defizitausgleich letztmalig 2018 erfolgen und die Zuführungen dadurch bedingt, dass der Saldo aus dem Gemeindepfarrstellen-Haushalt durch die 30%ige Beteiligung an der Versorgungssicherungsfinanzierung zusammenschrumpft, werden diese 2,8 Mio. EUR zunächst erst einmal stehenbleiben.

Wie wir dann damit umgehen, muss zu gegebener Zeit entschieden werden. Ich habe bereits unter Ziff. 3 darauf hingewiesen, dass der Gemeindepfarrstellen-Haushalt schon nach einer der nächsten linearen Besoldungserhöhungen einen Minus-Saldo ausweisen könnte, wenn nicht Minderausgaben durch einen Pfarrstellenabbau entstehen. Um diesen auszugleichen, müssten sich nach dem Finanzausgleichsgesetz die Landeskirche und die Kirchengemeinden zu je 50% am Defizit beteiligen. Letzteres würden Landeskirche und Kirchengemeinden zusätzlich belasten. Andererseits: Rücklagen sind endlich. Da die Salden in den vergangenen Jahre jedoch nicht an die Landeskirche und an die Kirchengemeinden ausgezahlt wurden, sondern in diese Rücklage geflossen sind, könnte ein Minus-Saldo zunächst einmal damit aufgefangen werden. Wir werden sicher einen Konsens finden. Allerdings nochmals: Ohne Pfarrstellenreduzierung ist der uns zur Verfügung stehende Zeitraum begrenzt.



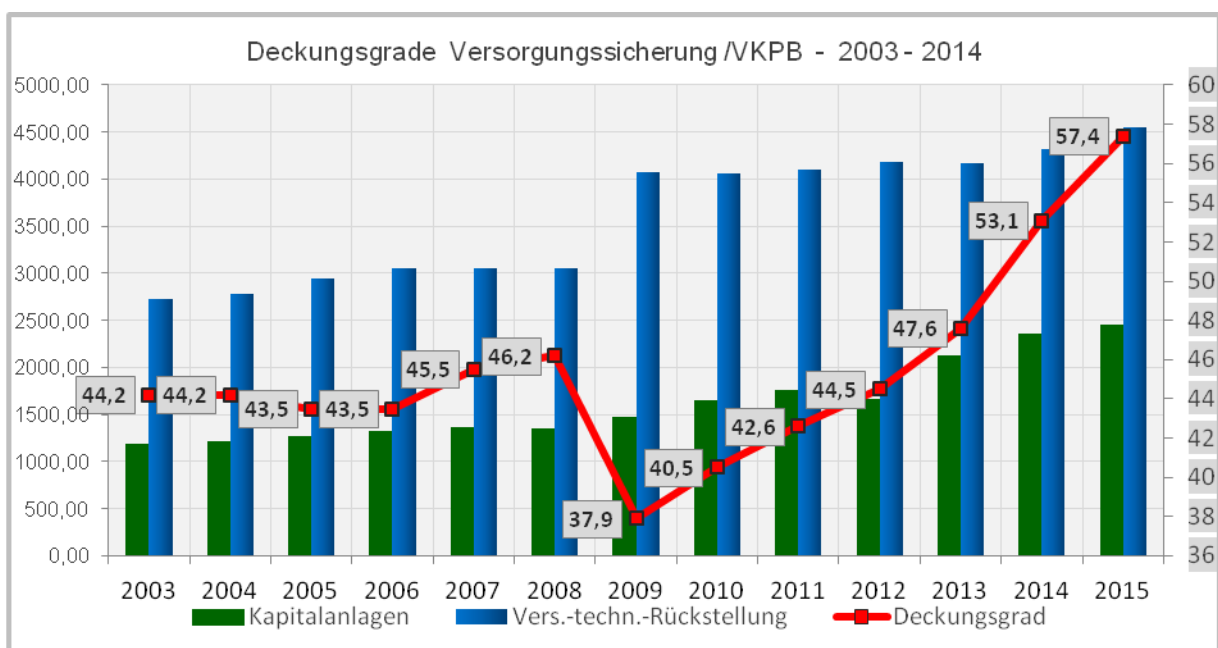
5. Versorgungssicherungsfinanzierung/Deckungsgrade

Nach den Berichten der Versorgungskasse in Dortmund war zum Jahresende 2015 die Anzahl der Versorgungsempfänger annähernd so hoch wie der Bestand der Aktiven. Im Jahr 2016, werden voraussichtlich erstmals mehr Versorgungsempfänger als Aktive zu betreuen sein.

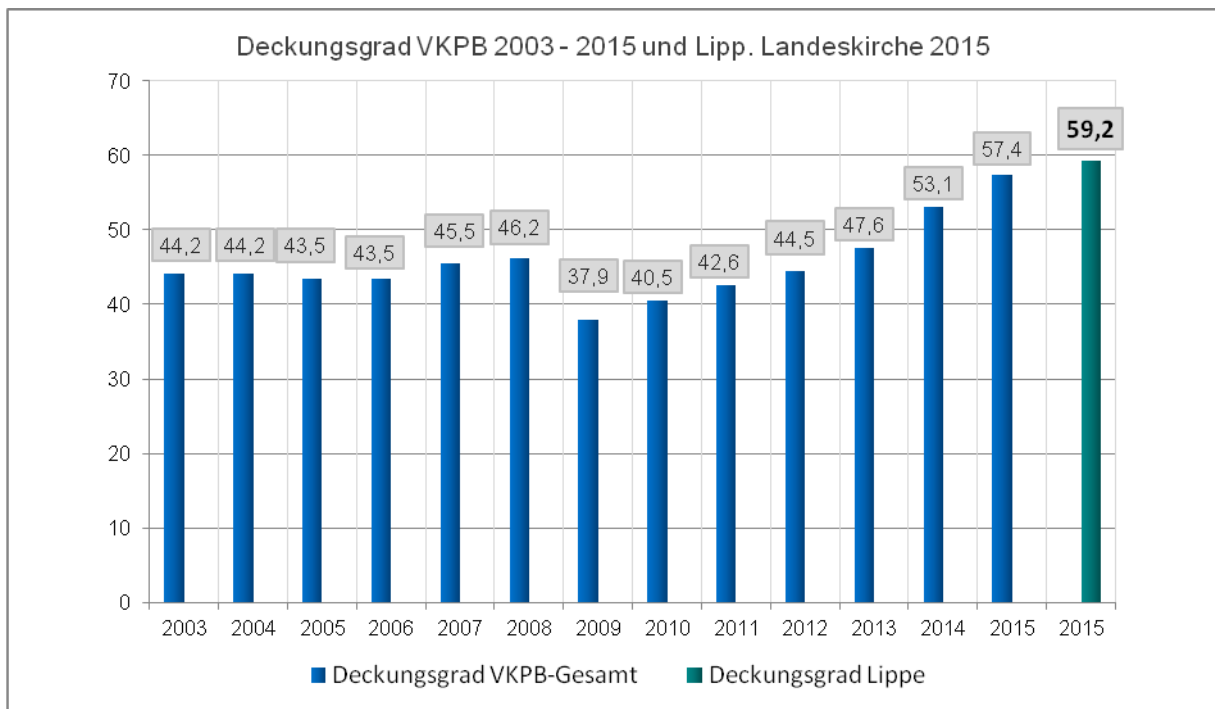
Die Politik im Hinblick auf unsere Versorgungskasse in den vergangenen Jahren war also richtig: Die Versorgungskasse wechselte von der Umlagefinanzierung auf das Prinzip der Kapitaldeckung. Mit dieser Umstellung zahlen die Landeskirchen Versorgungsbeträge in die Kasse ein, um noch nicht gedeckte Versorgungszusagen aus der Vergangenheit nach und nach zu decken.

Die Aufholung des Deckungsgrades seit 2009 erfolgte schneller als erwartet.

Die Kapitaldeckung aller drei Landeskirchen ist deutlich gestiegen. Bezogen auf die gesamte Versorgungskasse lag der Deckungsgrad zum 31.12.2015 bei 57,4%.



Der Kapitaldeckungsgrad der Lipp. Landeskirche lag Ende 2015 bei 59,2%.



Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich 2015 wie folgt entwickelt:

Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2014	1.995.161 T EUR
Verrechnung des Jahresüberschusses 2015	54.189 T EUR
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2015	1.940.972 T EUR

6. Kapitalvermögen und Rücklagenentwicklung

Das Jahr 2015 schließt mit einer Summe von 29.209.214,93 EUR ab.

In diesem Endbestand 2015 sind 7.492.917,03 EUR enthalten, die dem Pfarrkapitalvermögen von den Kirchengemeinden zuzuordnen sind.

Wird dieser Betrag von dem gesamten Kapitalvermögen in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Summe von 21.716.297,90 EUR, die den sonstigen Rücklagen der Landeskirche zuzuordnen sind.

Unsere Rücklagen wiesen im Jahr 2015 einen Anfangsbestand in Höhe von 20.514.899,24 EUR aus. Der Rücklagenbestand hat sich somit im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 um 1.201.398,66 EUR erhöht.

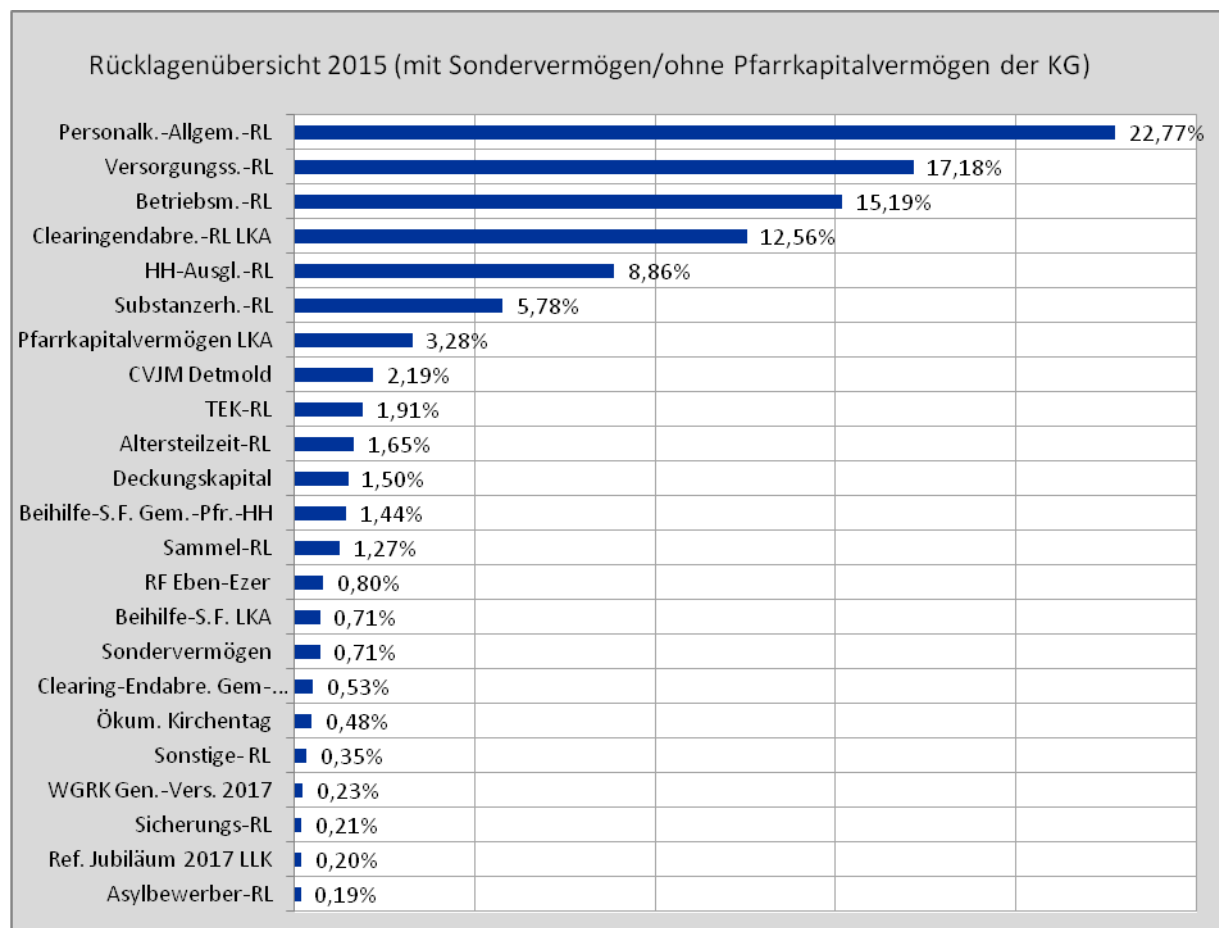
Im Jahr 2015 erbrachten die Geldanlagen, ohne das Pfarrkapitalvermögen, Zinseinnahmen von 95.852,23 EUR. Durchschnittlich wurde ein Zinssatz von 0,53% erzielt. Sie wurden unter Anwendung eines Zinsverteilungsprogramms den einzelnen Rücklagen zugeführt.

Die zuvor genannten Mehreinnahmen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:

- Jahresüberschuss i.H.v. rund 1,66 Mio. EUR. Hiermit wurde die Personalkosten-Rücklage-Allgemein um rund 1,46 Mio. EUR aufgestockt, 200 T EUR flossen in die Sammel-Rücklage.
- Zur Aufstockung der Rücklage für Clearingendabrechnungen des Gemeindepfarrstellen-Haushaltes wurden 100 T EUR eingestellt.
- Die Rücklagenzuführungen für die Beihilfesicherung der Landeskirche und des Gemeindepfarrstellen-Haushaltes beliefen sich zusammen auf rund 334 T EUR.
- Die Zuführungen nach Abrechnungen der Mittel für die Tageseinrichtungen für Kinder lagen um 50 T EUR über den Entnahmen.
- Für die Finanzierung der WGRK Generalversammlung 2017 wurden aus dem Haushalt 50 T EUR in die Rücklagen eingestellt.
- Nach Abrechnung bereits erbrachter Leistungen für das Reformationsjubiläum 2017 wurden rund 44 T EUR der hierfür gebildeten Zweckerücklage zugeführt.
- Die Zinseinnahmen von rund 96 T EUR wurden anteilmäßig auf alle Rücklagen verteilt.

Diesen Zuführungen steht die wesentliche Entnahme von rund 800 T EUR für die Versorgungsscherungs-Rücklage gegenüber. Wir haben rund 190 T EUR der Sammelrücklage zum Ausgleich von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushalt entnehmen müssen. 50 T EUR wurden für die Diakonie Katastrophenhilfe (Unterstützung von Flüchtlingen in den Fluchtherkunftsländern, den Anrainerstaaten und den Durchreiselländern der Balkanroute) entnommen und weitere rund 50 T EUR wurden der Rücklage für die Altersteilzeitfinanzierung mehr entnommen als zugeführt.

Bestände zum Jahresabschluss 2015



7. Anlagerichtlinien

Die vor mehreren Jahren beschlossenen Anlagerichtlinien für die Vermögensverwaltung der Lippischen Landeskirche bedurften dringend einer Aktualisierung und Spezifizierung. Im Blick auf die Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung des Anlagerisikos hat eine Arbeitsgruppe des Finanzausschusses die bisher geltenden Richtlinien überarbeitet. Die Arbeitsgruppe orientierte sich an Regelungen in der Ev. Kirche im Rheinland, der Ev. Kirche von Westfalen und der Ev. Kirche in Hessen-Nassau. Die Richtlinien wurden vom Finanzausschuss und Landeskirchenrat beraten und beschlossen. Sowohl der Landeskirche wie auch den Kirchengemeinden wird mit dieser Neufassung die gewünschte Möglichkeit gegeben, weitere Handlungsfelder zu nutzen. Leider sind wir uns bewusst, dass auch die neuen Möglichkeiten wohl nicht dazu führen werden, mittelfristig wirklich höhere Renditen zu erzielen.

8. Inselhospiz Juist

Vom Anfang des Jahrtausends bis zum Jahr 2004 war das Inselhospiz Juist ein kontrovers diskutiertes Thema. Im Jahr 2004 hat dann die 33. ordentliche Landesynode beschlossen, das Tagungshaus in die Trägerschaft der Kirchengemeinde Detmold-West zu geben. Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass die Kirchengemeinde Detmold-West über zehn Jahre das Haus für die Landeskirche, die Kirchengemeinden und zahlreiche Gruppen betrieben hat. Die Kirchengemeinde Detmold-West hat den Vertrag zum 31.12.2016 fristgerecht gekündigt. Auf unsere Bitte wird sie das Haus aber bis 2017 weiter betreiben, damit wir den Übergang gestalten können. Die Kirchengemeinde hat so gut gewirtschaftet, dass eine versteuerte, zweckgebundene Rücklage in einem sechststelligen Betrag für Renovierungen zur Verfügung steht.

Zum aktuellen Stand kann ich berichten, dass die Landeskirche Verhandlungen mit der Stiftung Eben-Ezer führt. Es stellt sich die Frage, ob Eben-Ezer den Vertrag der Kirchengemeinde für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren übernimmt, um in diesem Zeitraum mit der Landeskirche zu prüfen,

- mit welchem Konzept das Haus in Zukunft geführt werden soll,
- welche Renovierungsarbeiten notwendig sind (Heizung, Fenster usw.),
- ob Umbaumaßnahmen notwendig sind (Nasszellen in Zimmern) und welche Kosten ggf. für die Landeskirche entstehen,
- ob das Haus z.B. als Integrationsbetrieb für Menschen mit Behinderungen geführt werden kann.

Die Gespräche mit Eben-Ezer wurden aufgenommen, weil die Stiftung mehrere Kantinen betreibt und über eine Bauabteilung verfügt, während die Landeskirche aus finanziellen Gründen über nur noch eine geringe baufachliche Kompetenz und nach Schließung von Haus Stapelage über keine Tagungshauskompetenzen mehr verfügt. Diese Kompetenzen sind in Eben-Ezer vorhanden. Der Finanzausschuss und der Landeskirchenrat wurden über die Gespräche informiert. Die Synode erhält genauso wie 2004 für ihre nächste Tagung eine Beschlussvorlage.

9. Umsatzbesteuerung – neue Rechtslage

Durch das Steueränderungsgesetz 2015 wurde der bisher für die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand maßgebende § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) gestrichen und durch den neuen § 2b UStG ersetzt. Hiervon sind auch alle kirchlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts betroffen. Die Anwendung der neuen Regelung ist grundsätzlich mit Wirkung vom 1. Januar 2017 vorgesehen.

Der Gesetzgeber hat aber den og-Körperschaften die Möglichkeit eingeräumt, auf die Geltung des alten Rechts bis zum 31.12.2020 zu optieren. Eine entsprechende Erklärung, ist bis zum 31.12.2016 an das zuständige Finanzamt abzugeben.

Anfang Juni d. J. haben wir Sie alle von dieser Neuregelung unterrichtet und empfohlen, von der Optionsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Das Landeskirchenamt und alle Kirchengemeinden haben sich dazu entschlossen.

Zwischenzeitlich haben wir uns durch die Teilnahme an Info-Veranstaltungen, die von der EKvW durchgeführt wurden und auch durch einen Steuerberater vor Ort mit der Materie vertrauter gemacht. In der ersten Jahreshälfte des kommenden Jahres werden wir im Landeskirchenamt eine eigene Info-Veranstaltung für unsere lippischen Gemeinden durchführen. Hier werden Ihnen durch einen sachkundigen Steuerberater die ersten Schritte bzw. Maßnahmen aufgezeigt.

10. Rechnungsführung für Kirchengemeinden

Mit Einführung des einheitlichen Rechnungsprogramm KFM haben wir den Kirchengemeinden die Möglichkeit eingeräumt, dass die Landeskirche die Rechnungsführung übernimmt. Die Mitarbeiterinnen, die diese Aufgaben übernommen haben, sind erfahrene und routinierte Personen, die neben der Rechnungsführung der Kirchengemeinden hier im Haus auch in Kirchengemeinden für die Rechnungsführung zuständig sind.

Unsere Preise sind je nach Umfang der geleisteten Aufgaben gestaffelt. Das Service-Angebot kann individuell ausgestaltet werden.

Hierzu kann gehören:

- A) Die Erstellung der Haushalts- und Kostendeckungspläne, der Stellenpläne, die Vorbereitung der KV-Beschlüsse.
- B) Das Buchungsgeschäft
 - Zahlbarmachungen
 - Kontierung aller Zahlungsvorgänge
 - Buchen aller Zahlungsvorgänge
 - Tagesabschlüsse
 - Jahresabschlüsse
- C) Sonstige Abrechnungen

Wir übernehmen die Abrechnung z.B. der Friedhöfe, Kindergärten, Wohn- und Miethäuser einschl. Betriebskostenabrechnung und Pfarrvermögen. Wir überprüfen die Kassenliquidität und machen die Vermögensaufstellung. Weitere Angebote erfolgen nach individuellem Bedarf.

Die Erstellung der Haushalts- und Kostenpläne werden pauschal abgerechnet. Für das Buchungsgeschäft wird pro Buchung ein bestimmter Betrag in Rechnung gestellt. Die Abrechnung der darüber hinausgehenden Angebote erfolgt zu einem Stundensatz.

Ein großer Vorteil ist z. B. darin zu sehen, dass

- eine Vertretungsregelung immer gegeben ist
- die Mitarbeiterinnen kontinuierlich geschult bzw. über Neuregelungen unterrichtet werden
- die EKD-Haushaltssystematik eingehalten wird
- rechtliche Vorgaben/Anforderungen bekannt sind und umgesetzt werden
- Unklarheiten auf dem kleinen Dienstweg mit dem Rechnungsprüfungsamt im Haus geregelt werden.

Die berechtigten Mitglieder des Kirchenvorstands erhalten über KFM-Web Einblick in die Buchungen. Gesonderte Auswertungen werden nach Absprache bereitgestellt.

Die Lippische Landeskirche unterliegt den kirchlichen Datenschutzbestimmungen des Datenschutzgesetzes der EKD und der Datenschutzdurchführungsverordnung der Lippischen Landeskirche.

Die Vereinbarung ist befristet auf zwei Jahre. Sie verlängert sich stillschweigend um jeweils zwei Jahre, wenn nicht eine Kündigung sechs Monate vor Ablauf des jeweils gültigen Vertrages ausgesprochen wird.

Die Kirchengemeinden, die diesen Service in Anspruch nehmen, haben durchweg gute Erfahrungen hiermit gemacht, in jeder Hinsicht, also auch in finanzieller.

Wir beabsichtigen, im Frühjahr des kommenden Jahres eine Info-Veranstaltung durchzuführen, um Ihnen diese Möglichkeit im Detail aufzuzeigen. Dabei stellen wir die Angebote dar. Die handelnden Personen im Landeskirchenamt werden sich persönlich vorstellen. Wir werden auch die Gemeinden, die das Angebot wahrnehmen, einladen, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Wir sind gespannt auf die Resonanz. Wichtig ist für uns natürlich die Freiwilligkeit. Es soll deutlich machen, dass wir gemeinsam auf dem Weg sind und wir uns gegenseitig helfen.

11. Abschluss

Wenn Sie diese Haushaltsrede mit anderen Haushaltsreden vergleichen, stellen Sie fest, dass die traditionellen Statistiken zur Gemeindeglieder- und Pfarrstellenentwicklung fehlen. Im Rahmen des Prozesses „Lippe auf den Weg bis 2030“ hat sich der Finanzausschuss mit der mittelfristigen Finanzplanung entwickelt. In der Vorlage finden sich diese Zahlen und die Prognosen der Entwicklung bis 2030. Sie finden nicht nur Zahlen, sondern auch Bewertungen und Einschätzungen.

Für die Verabschiedung des Haushaltsplans sollen die heutigen Ausführungen ausreichen. Der Haushaltsplan enthält keine Besonderheiten und liegt auf der Linie der letzten Jahre. Freuen Sie sich auf die spannende Vorlage im nächsten Jahr, wo die „großen Linien“ gezeichnet werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Beschluss
des Landeskirchenrates
vom 27. September 2016
zur Ausführung des Haushaltes
2017

A. Allgemeine Hinweise

Der Landeskirchenrat appelliert an alle mit der Ausführung des Haushaltes 2017 befassten Stellen, die durch die Verwaltungsordnung (VO) und das Haushaltsgesetz (HG) gegebenen Regeln strikt einzuhalten; insbesondere wird erwartet, dass

- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet werden (§ 65 I / § 84 VO),
- die eingeräumte Deckungsfähigkeit (§ 73 VO, § 3 HG) überwacht und aktenkundig gemacht wird,
- die Anträge auf Zweckbindung von Einnahmen für bestimmte Ausgaben (§ 74 / § 88 III VO, § 4 HG) und deren evtl. Übertragbarkeit in das Haushaltsjahr 2017 (§ 75 / § 88 III VO, § 5 HG) detailliert begründet und rechtzeitig vor dem Jahresabschluss 2017 vorgelegt werden,
- die Sperrvermerke (§ 77 VO, § 6 HG) und die "Absichtsvermerke" (KU = Künftig umzuwandeln; KW = Künftig wegfallend) mit dem Ziel bearbeitet werden, dass die entsprechenden Ausgaben möglichst schon im Haushaltsjahr 2017 entfallen,
- der Grundsatz der "betraglichen Bindung" (§ 84 I/IV VO) beachtet wird,
- über- und außerplanmäßige Ausgaben (§ 86 VO, § 7 HG) nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedarfs, der detailliert zu begründen ist, beantragt werden; sofern zur Deckung die Verstärkungsmittel herangezogen werden sollen, ist darzustellen, dass andere Deckungsmöglichkeiten (§ 7 IV/V HG) nicht gegeben sind,
- der Grundsatz der "sachlichen Bindung" (§ 88 I VO) beachtet wird,
- der Grundsatz der "zeitlichen Bindung" (§ 88 I VO) beachtet wird; das Haushaltsjahr 2017 endet am 31.12.2017.

Der Landeskirchenrat bestimmt, dass alle erforderlichen Anträge / Beschlussvorlagen, die zusätzlichen Finanzbedarf beinhalten, insbesondere hinsichtlich über- und außerplanmäßiger Ausgaben, zunächst vom Landeskirchenamt - Sachgebiet 2.4 "Haushalt / Rechnung" - gegengezeichnet werden müssen, da hier die Deckungsmittel verwaltet werden bzw. die Deckungsvorschläge geprüft werden müssen.

Die Sicherung des Haushaltsausgleichs (§ 87 VO) ist vorrangiges Ziel.

B. Spezielle Hinweise

Gem. § 64 I VO ermächtigt der Haushaltsplan, Ausgaben zu leisten; Genehmigungsvorbehalte sind zu beachten. Darüber hinaus werden noch folgende Einzelhinweise gegeben:

I. Personalausgaben

1. Die Personalausgaben werden in Beachtung des von der Landessynode beschlossenen Stellenreduzierungsplanes reduziert.
2. Unabhängig davon werden freiwerdende Stellen für Verwaltungsbeamte und Angestellte nicht ohne weiteres wiederbesetzt. Die Erledigung notwendiger Aufgaben ist durch Umorganisation bzw. Umsetzung innerhalb des gesamten landeskirchlichen Stellenplanes zu erreichen.
3. Der Landeskirchenrat ist berechtigt, in Einzelfällen und im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Abfindungen / Ablösungen zu zahlen, wenn dadurch Stellen vorzeitig frei und wesentliche Personalkosten eingespart werden.

II. Ausgaben für Grundstücke, Gebäude, bewegliches Vermögen

1. Instandhaltung und Instandsetzung der Grundstücke, Gebäude, Anlagen

a) Ausgaben für Instandhaltung (sog. kleine Bauunterhaltung)

- bis zu EUR 500 im Einzelfall bei Grundstücken
- bis zu EUR 1.000 im Einzelfall bei Wohn- und Dienstgebäuden werden von den zuständigen Sachgebietsleitern/innen (Immobilien/Betriebe/Technische Bauverwaltung),

Ausgaben

- ab EUR 500 bis EUR 1.000 im Einzelfall bei Grundstücken
- ab EUR 1.000 bis EUR 5.000 im Einzelfall bei Wohn- und Dienstgebäuden werden von der zuständigen Abteilungsleitung entschieden.
- Ausgaben bis 50.000,- EUR bedürfen in jedem Einzelfall der Zustimmung durch den Juristischen Kirchenrat, erforderlichenfalls nach Ausschreibung auf Basis des Preisspiegels.

b) Ausgaben zur Instandsetzung oder Modernisierung (sog. große Bauunterhaltung) über 50.000,- EUR bedürfen der Entscheidung durch den Finanzausschuss und Landeskirchenrat.

Baumaßnahmen, für den ein Kostendeckungsplan aufgestellt wird, bedürfen der Entscheidung durch die Landessynode.

Die Bestimmungen des § 83 VO bleiben hiervon unberührt.

2. Beschaffung / Unterhaltung der Fahrzeuge, technischen Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände

a) Ausgaben

- bis zu EUR 500 im Einzelfall für Reparaturen, Kleinmaterial usw.
- bis zu EUR 1.000 im Einzelfall für Ersatzbeschaffungen werden von den zuständigen Sachgebietsleitern/innen

Ausgaben

- ab EUR 500 bis EUR 1.000 im Einzelfall für Reparaturen, Kleinmaterial usw.
- ab EUR 1.000 bis EUR 3.000 im Einzelfall für Ersatzbeschaffungen werden von der zuständigen Abteilungs- oder Referatsleitung entschieden.

b) Ausgaben darüber hinaus bedürfen der Zustimmung des Juristischen Kirchenrates.

Bei Entscheidungen zu 1. und 2. durch den Juristischen Kirchenrat wird dieser erforderlichenfalls durch den Theologischen Kirchenrat vertreten; sehen sich diese nicht in der Lage, eine Zustimmung auszusprechen, entscheidet das Kollegium des Landeskirchenamtes.

III. Dienstreisen

Die Durchführung von Dienstreisen, ist auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren. Soweit Dienstreisen außerhalb des Bereiches der Lippischen Landeskirche durchgeführt werden müssen, sind regelmäßig verkehrende öffentliche Verkehrsmittel unter Ausnutzung möglicher Preisermäßigungen zu benutzen. Ist die Benutzung regelmäßig verkehrender öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar, kann der Privatwagen benutzt werden. Die Reisekostenerstattung erfolgt dann nach den einschlägigen reisekostenrechtlichen Bestimmungen.

IV. Veranstaltungen

Neue kostenrelevante Aktivitäten bei Bildungsangeboten, Freizeiten, Studienfahrten, Seminaren, Kursen, Aktionstagen und -wochen u.a. sind nur dann zu planen und durchzuführen, wenn der von der Synode vorgegebene finanzielle Rahmen dadurch nicht gesprengt wird. Bestehende Aktivitäten sind mit dem Ziel kritisch zu überprüfen, die bereitgestellten Ausgabemittel zu senken.

V. Zuweisungen / Umlagen, Zuschüsse

Alle Zuweisungen / Umlagen und Zuschüsse, sind nochmals mit dem Ziel des weiteren Abbaues eingehend zu überprüfen. Insbesondere sind die freiwilligen Zuweisungen / Umlagen und Zuschüsse, d. h. ohne gesetzliche oder vertragliche Basis - auch wenn auf langjähriger Übung beruhend - weiter abzubauen. Den Zahlungsempfängern sind, falls noch nicht erfolgt, mit den "Bewilligungsunterlagen 2017" entsprechende Hinweise zu geben.

C. Schlussbemerkung

Der Landeskirchenrat behält sich vor, eine generelle Haushaltssperre für 2017 auszusprechen, falls die eingeplanten Deckungsmittel - insbesondere bei der Kirchensteuer - so nicht einkommen sollten.

